

EU-Entscheid: FDP attackiert SP und Mitte

Parolenfassung Die FDP ist die einzige Partei, die ihre Basis schon im Herbst über das EU-Paket abstimmen lässt. Andere Parteien bezichtigt sie, «hinter verschlossenen Türen» zu entscheiden. Wie behandeln diese das brisante Geschäft?

Adrian Schmid

Auf die FDP wartet ein heisser Herbst: Im Oktober stimmen die Delegierten über die neuen EU-Verträge ab. Die Vorlage ist hoch umstritten. Bereits gibt es erste Anzeichen von Selbsterfleischung. Alt-Nationalrätin Christa Markwalder griff kürzlich den Präsidenten der Zürcher Kantonalpartei an. Woher Filippo Leutenegger die Legitimation nehme, die vom Team des freisinnigen Bundesrats Ignazio Cassis «überzeugend gut ausgehandelten Bilateralen III derart zu torpedieren», fragte Markwalder auf X.

Ein FDP-Gremium erörtert Vor- und Nachteile des Pakets

Ex-SRF-Moderator Leutenegger leitet in einer internen Arbeitsgruppe zum Vertragswerk die Seite der Kritiker. Das Gremium, dem je sechs Befürworter und sechs Skeptiker angehören, erörtert derzeit Vor- und Nachteile des EU-Pakets zuhänden der Delegiertenversammlung.

Die Parteizentrale verteidigt das Prozedere. Die FDP setze



Differenzen beim EU-Vertragswerk: FDP-Chef Thierry Burkart (links) und SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Foto: Keystone

auf einen «transparenten und offenen Meinungsbildungsprozess», sagt Kommunikationschef Matia Demarmels, «im Unterschied zu Mitte und SP, die ein gleichermassen breites Meinungsspektrum aufweisen, ihre Entscheide jedoch hinter verschlossenen Türen der Parteileitung überlassen».

Der Verdacht liegt nahe, dass der Freisinn mit diesem Angriff

auf SP und Mitte von den Streitereien in den eigenen Reihen ablenken will. Nun zeigt sich aber: Die FDP ist gemäss einer Umfrage dieser Redaktion die einzige Partei, welche die Mitglieder über das Paket abstimmen lässt – noch bevor dieses ins Parlament kommt.

In der SP werde der Parteitag «wie gewohnt» vor der Volksabstimmung die Parole

fassen, heisst es aus dem Zentralsekretariat. Die Antwort in der Vernehmlassung zum EU-Paket, die momentan läuft, verantwortet das elfköpfige Präsidium mit den Co-Chefs Matteo Meyer und Cédric Wermuth an der Spitze. Zuvor ist eine Diskussion im Parteirat vorgesehen, der Inputs geben kann.

Die Mitte wartet mit Parole, für SVP und Grüne ist es klar

In der Mitte ist ebenfalls das Präsidium für die Stellungnahme in der Vernehmlassung zuständig. Diese erfolgt in Absprache mit den eigenen Leuten in den Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat. «Ein entscheidender Teil mit Blick auf die Volksabstimmung ist die innenpolitische Umsetzung», erklärt der neue Parteichef Philipp Matthias Bregy. «Die Mitte wird daher Stand jetzt, wie es übrigens üblich ist, erst im Anschluss an diese Debatte die Parole fassen.»

Als bisher einzige Bundesratspartei lehnt die SVP die EU-Verträge ab. Die Delegier-

ten demnächst zu befragen, ist nicht geplant. «Die Parteibasis hat der SVP Schweiz bereits den Auftrag erteilt, den EU-Unterwerfungsvertrag zu bekämpfen», schreibt die Pressestelle. Anfang 2024, kurz nach Abschluss der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU, verabschiedete die Delegiertenversammlung einstimmig eine entsprechende Resolution.

Auch die Grünen betonen, dass sich die Delegierten bereits mehrmals positioniert hätten: 2022 beschlossen sie eine Resolution, und im Jahr darauf fiel der Entscheid, bei der Lancierung der Europa-Initiative mitzumachen. «Damit ist die Position der Partei klar für eine engere Zusammenarbeit mit Europa und für die Bilateralen III», sagt Präsidentin Lisa Mazzoni. Die Basis wird vor der Volksabstimmung über die neuen Verträge nochmals Stellung beziehen.

Ähnlich tönt es bei der GLP. Dort haben sich die Delegierten 2022 dafür ausgesprochen, dass sie nach dem Scheitern

des Rahmenabkommens eine Lösung mit der EU wollen. «Anders als andere Parteien befragen wir nicht plötzlich vorzeitig unsere Delegierten zu einer Vorlage, zumal wir die Antwort ohnehin kennen», führt der Co-Generalsekretär Pascal Tischhauser aus. «Die Grünliberalen sind die einzige Partei, die zu 100 Prozent hinter der Weiterführung des bilateralen Wegs und damit zu seiner Absicherung durch die Bilateralen III steht.»

Die Freisinnigen könnten gar Ja und Nein sagen

In der FDP könnte derweil sogar der Fall eintreten, dass die Partei sowohl Ja als auch Nein zu den Verträgen sagt. Denn nach dem Beschluss im Herbst werden die Delegierten später vor der Volksabstimmung ein zweites Mal über das Paket befinden und die offizielle Parole fassen, wie Kommunikationschef Matia Demarmels bestätigt. Der Entscheid im Oktober dient nur der «parteiiernen Meinungsbildung vor der parlamentarischen Beratung».